

Arbeit in Deutschland

Zwei-Säulen-Strategie gefragt

Trotz der zuletzt günstigen Arbeitsmarktentwicklung darf die Politik nicht die Hände in den Schoß legen. So fallen z.B. aufgrund der Globalisierung und des technischen Fortschritts immer mehr Stellen für Geringqualifizierte weg. Folglich waren in Deutschland 2005 mehr als 20 Prozent der Erwerbspersonen mit geringer Qualifikation ohne Job – gegenüber 7 Prozent in Großbritannien und 6 Prozent in den Niederlanden. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit lag 2006 in Deutschland mit 57 Prozent im internationalen Vergleich immer noch sehr hoch.

Um Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen bessere Erwerbschancen zu bieten, ist jedoch ein Mindestlohn der falsche Weg. Denn Beschäftigte, deren Produktivität geringer ist als dieser Lohn, werden aus dem Arbeitsmarkt verdrängt. Stattdessen schlägt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) eine Zwei-Säulen-Strategie vor, die auf Erwerbsintegration und eine Anhebung des Bildungsniveaus setzt („Eduployment“). Damit Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose leichter den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen, müssen die Anreize zur Annahme eines Jobs verstärkt werden – durch eine bedürftigkeitsgeprüfte negative Einkommenssteuer, die geringe Erwerbseinkommen mit Steuergeldern aufstockt. Um den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten, sollte eine Abfindungslösung gegenüber dem Kündigungsschutz bevorzugt werden. Hinzu kommen muss eine Renovierung des gesamten deutschen Bildungssystems – von der frühkindlichen Bildung bis zum Hochschulstudium.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit in Deutschland – Megatrends, Reformbedarf und Handlungsoptionen, IW-Studien, Köln 2008, 344 Seiten, 56 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.divkoeln.de

Gesprächspartner im IW: **Dr. Stefan Hardege, Telefon: 0221 4981-738**
Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124

Arbeitsmarkt

Geringqualifizierten beim Einstieg helfen

Momentan bietet der deutsche Arbeitsmarkt ein erfreuliches Bild. Aber die Globalisierung und der demografische Wandel bleiben eine große Herausforderung: Während die Unternehmen verzweifelt gut ausgebildete Fachkräfte suchen, bleiben viele Geringqualifizierte auf der Strecke. In der Bundesrepublik haben mehr als 20 Prozent von ihnen keinen Job – so viele wie in keinem anderen Industrieland.*)

Nur drei Jahre nach dem historischen Höchststand der Arbeitslosigkeit zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt von seiner Schokoladenseite. Ein Drittel weniger Menschen ohne Job und ein Plus von 1,2 Millionen Erwerbstätigen im Vergleich zu 2005 können sich sehen lassen. Allerdings wäre es grundfalsch, in Anbetracht dieser günstigen Entwicklung nun die Hände in den Schoß zu legen. Denn Politik, Tarifparteien, Unternehmen und Beschäftigte müssen viele Entwicklungen im Auge haben, wenn sie den hiesigen Arbeitsmarkt fit für die Zukunft machen wollen:

- **Globalisierung.** Die internationale Arbeitsteilung beschleunigt sich. Deutsche Unternehmen können in diesem harten Wettbewerbsumfeld oft nur noch bestehen, indem sie sich auf wissensintensive Güter und Dienstleistungen spe-

zialisieren. Einfache Jobs werden mehr und mehr ins Ausland verlagert – schließlich sind die entsprechenden Arbeitskräfte vielerorts billiger zu haben:

- **In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich das weltweite Arbeitskräfteangebot vervierfacht, wobei die Zahl der geringqualifizierten Erwerbspersonen deutlich überwiegt.**

Geringqualifizierte hierzulande haben demzufolge schlechtere Chancen auf ein gutes Einkommen und eine Beschäftigung als früher.

- **Trend zur Dienstleistungsgesellschaft.** Mehr als 70 Prozent aller Beschäftigten in der Bundesrepublik haben einen Job im Dienstleistungssektor, nur noch 19 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe. Das wirkt sich auch auf die Bruttowertschöpfung aus: Der Anteil der Dienstleistungen an der Wirtschaftsleistung liegt

mit 69 Prozent um etwa zehn Prozentpunkte höher als vor 20 Jahren. Die Industrie trägt mittlerweile lediglich noch rund 24 Prozent bei.

- **Neue Technologien.** Der Computer ist mittlerweile kaum wegzudenken aus dem deutschen Arbeitsalltag. Innovative Technologien brauchen aber auch kluge Köpfe, die mit ihnen umgehen können: Von 1991 bis 2004 stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Hochschulabschluss um gut 40 Prozent, während die der Beschäftigten ohne Berufsabschluss um 20 Prozent zurückging.

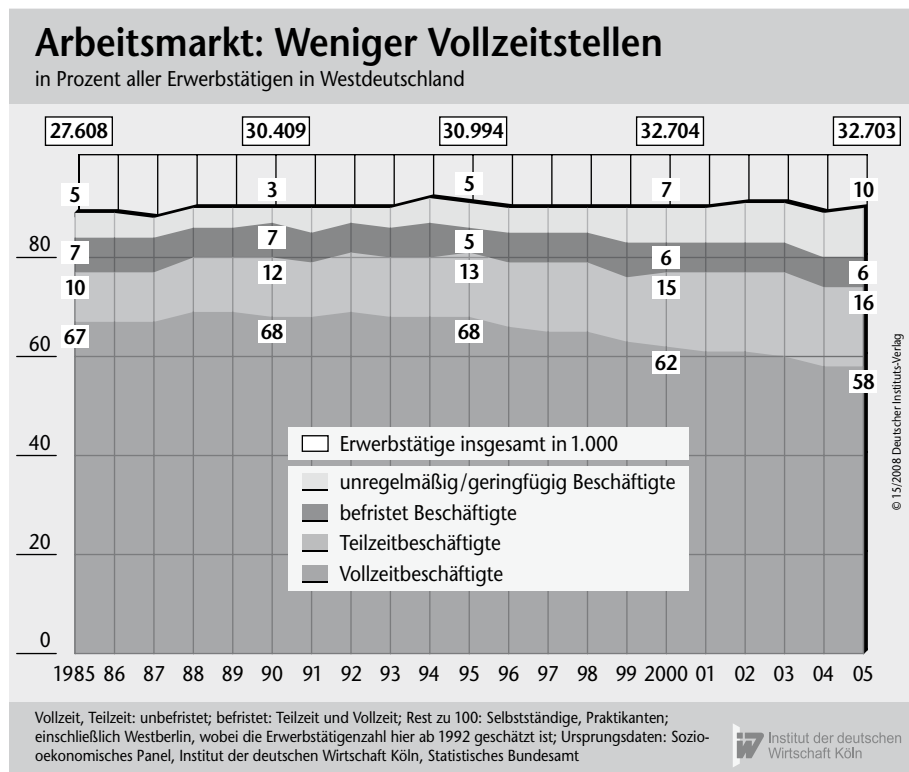
- **Demografischer Wandel.** Bis zum Jahr 2050 wird die Bevölkerung in Deutschland um 11 Millionen Menschen auf 71 Millionen schrumpfen. Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter von zurzeit 42,6 Jahren auf 51,4 Jahre. Je nach Zuwanderung wären zwischen 31,5 und 35,5 Millionen Personen in der Lage, einem Job nachzugehen – derzeit sind es rund 44,6 Millionen. Das wird ein harter Brocken für die deutsche Sozialversicherung, denn es gibt immer weniger Beitragszahler: Im Jahr 2050 müssen gerade einmal 155 erwerbsfähige Personen die Rente von 100 über 65-Jährigen erwirtschaften. Momentan liegt die Zahl der Erwerbsfähigen gut doppelt so hoch.

Auch Unternehmen werden in ihren Forschungs- und Entwicklungsabteilungen Nachwuchssorgen haben:

- **Standen 100 Akademikern zwischen 55 und 64 Jahren im Jahr 2001 noch 111 Hochschulabsolventen zwischen 25 und 34 Jahren gegenüber, werden es im Jahr 2050 nur noch knapp 80 sein.**

- **Individualisierung.** Der normale Vollzeitjob verliert an Bedeutung. In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten ging in Westdeutschland der Anteil an allen Arbeitsverhältnissen von 67 auf 58 Prozent zurück (Grafik). Zugelegt haben hingegen unbefristete Teilzeitstellen und der Anteil der geringfügig Beschäftigten. Hierin spiegeln sich sowohl Arbeitnehmer-

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Die Zukunft der Arbeit in Deutschland – Megatrends, Reformbedarf und Handlungsoptionen, IW-Studien, Köln 2008, 344 Seiten, 56 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.divkoeeln.de



auch Arbeitgeberinteressen wider: Familie und Beruf lassen sich so besser vereinbaren, Unternehmen können mit derartigen Modellen flexibel auf Auftragsschwankungen reagieren. Trotz allem – die Vollzeitarbeit verdrängen werden Teilzeitstelle und Minijob nicht. Eher sind Letztere ein Sprungbrett in die reguläre Beschäftigung.

All diese Trends verändern die gesamte Arbeitswelt. Doch vor allem für zwei Gruppen wird es immer schwerer, im Rennen um Jobs und Wohlstand mitzuhalten: die Geringqualifizierten, also Personen, die zwar einen Haupt- oder Realschulabschluss, aber keine Berufsausbildung haben, sowie Langzeitarbeitslose – weil das berufliche Wissen von gestern heute kaum noch etwas zählt. Beide Gruppen haben in Deutschland schon jetzt einen schweren Stand:

- Über 20 Prozent der Personen mit geringer Qualifikation, die arbeiten wollen, sind in der Bundesrepublik ohne Job, das ist weit mehr als in anderen Ländern (Grafik). Zugleich ist der Anteil der erwerbstätigen Geringqualifizierten hierzulande im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich.

- Fast 60 Prozent der deutschen Arbeitslosen bleiben länger als zwölf Monate ohne Beschäftigung. In den USA liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen hingegen nur bei 10 Prozent, in Dänemark und Großbritannien bei etwa 20 Prozent.

Die hohe Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten ist auch verantwortlich für zunehmende Armut und Ungleichheit. Der viel diskutierte Mindestlohn bietet da keinen Ausweg, im Gegenteil, er würde dieses Problem noch verstärken. Denn einerseits reichen selbst hohe Stundenlöhne von mehr als 10 Euro beispielsweise Teilzeitkräften und Arbeitnehmern in großen Haushalten nicht zum Leben. Andererseits werden Beschäftigte, die den Mindestlohn und die umfangreichen Nebenkosten mit ihren Leistungen nicht erwirtschaften, aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt – was die Arbeitslosenquote klettern lässt, statt sie zu senken.

Anstelle eines gesetzlichen Mindestlohns ist in Deutschland vielmehr ein

Geringqualifizierte: In Deutschland oft arbeitslos

So viel Prozent der 25- bis 64-Jährigen, die einen Haupt- oder Realschulabschluss, aber keine Berufsausbildung hatten und arbeiten wollten, waren 2005 arbeitslos



Lösungsansatz gefragt, der auf zwei Säulen aufbaut:

1. Zum einen sollte die Politik dafür sorgen, dass sich Bildung und Ausbildung verbessern, denn nur qualifizierte Arbeitnehmer können aus eigener Kraft ein ausreichendes Einkommen erzielen. Das deutsche Bildungssystem braucht also eine gründliche Renovierung. Diese beginnt im Kindergarten und hört bei der Berufsausbildung noch lange nicht auf. Besonders wichtig ist es, allen Kindern die gleichen Startchancen zu verschaffen – besonders solchen mit einem schwierigen sozialen Hintergrund, da diese Kinder hierzulande die meisten Probleme in der Schule haben.

Unternehmen sollten zudem mehr motiviert werden, Ausbildungsplätze anzubieten. Hier kann der Staat den Betrieben unter die Arme greifen, indem er zum Beispiel Rückzahlungsklauseln in Ausbildungsverträgen zulässt.

Die Unternehmen erhalten dann einen Teil der investierten Kosten zurück, falls die Auszubildenden direkt nach der Lehre die Firma verlassen.

Außerdem dauert die Ausbildung an Universitäten und Fachhochschulen oftmals noch zu lang und die Hochschulen haben zu wenig Autonomie bei der Auswahl ihrer Studenten. Nicht zuletzt sollten auch die akademische und die berufliche

Bildung besser miteinander verzahnt werden, sodass Hochschulen die Möglichkeit erhalten, beispielsweise in der Weiterbildung für Ältere Angebote zu machen.

2. Zum anderen müssen Geringqualifizierte bessere Chancen bekommen. Nicht jeder arbeitslos gewordene Werftarbeiter lässt sich zum EDV-Experten umschulen. Deshalb muss der Staat diesen Menschen einen Anreiz geben, gegebenenfalls auch einen schlechter bezahlten Job anzunehmen. Denn Arbeitslosigkeit und Transferbezug sind keine Alternativen auf Dauer.

Damit die Betroffenen aber auch von ihrer einfachen Arbeit leben können, wäre es eine adäquate Lösung, deren Einkommen aufzustocken. Somit ist sichergestellt, dass jeder zumindest das zu

seinem Lebensunterhalt beiträgt, was er selbst leisten kann. Mit dem Arbeitslosengeld (ALG) II besteht bereits ein solches System der Einkommensergänzung, das zudem auch Anreize bietet. Das heißt, wer arbeitet, hat mehr Geld zur Verfügung als derjenige, der nur vom ALG II lebt – und zwar unabhängig davon, wie hoch der Lohn ist. Selbst ein mit 2 Euro pro Stunde honorierter Job bringt mehr als nur die Stütze vom Amt.

Perfekt ist das ALG II trotzdem nicht. So wird Teilzeitarbeit stärker gefördert als eine Vollzeitbeschäftigung, was dazu führt, dass sich einige mit einer Kombination aus Teilzeitjob und ergänzendem Transfer einrichten. Hier muss die Politik noch weiter an Hartz IV feilen.

Um viele Menschen in Lohn und Brot zu bringen, gilt es, auch den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten – etwa durch eine Reform des Kündigungsschutzes. Derzeit ist die Rechtslage zu undurchsichtig und unsicher, außerdem drohen Unternehmen zum Teil kaum planbare Kosten, wenn sie Mitarbeiter entlassen wollen. Das trägt dazu bei, dass sich Betriebe scheuen, neue Mitarbeiter einzustellen. Eine mögliche Lösung: Der Arbeitnehmer erhält für den Entlassungsfall einen Anspruch auf eine zuvor vereinbarte Abfindung, die an die Stelle des Schutzes vor betriebsbedingter Kündigung tritt.